

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und Chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Einzelgenuss die Bogenzahl. Colonatpreise für Arbeitsgenüsse 75 Pf. Geschäfts- und Verbandsanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseratenannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 16.

Duisburg, den 21. April 1917.

18. Jahrgang.

## Ein hochwichtiger kaiserlicher Erlaß.

In dem Niesenkampfe um die Abwehr und Aberringung der Welt von Feinden, die unsere Existenz bedroht, hat die Sorge um die Gestaltung des innerpolitischen Lebens im deutschen Vaterlande und insbesondere in Preußen unser Volk auf das lebhafteste beschäftigt. Die Strömungen gegen die von Regierungsseite während des Krieges wiederholt angebotene Neuorientierung unserer innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Politik traten namentlich in jüngster Zeit immer schärfer hervor. Um so bedeutsamer ist es, daß nunmehr durch einen Erlaß des Kaisers diesem Meinungsstreit unversöhnbar Richtung und Ziel gesteckt wird.

Der Erlaß Seiner Majestät an den Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums Dr. von Bethmann Hollweg, lautet:

Noch niemals hat sich das deutsche Volk so fest gezeigt, wie in diesem Kriege. Das Bewußtsein, daß sich das Vaterland in bitterer Notwehr befand, übte eine wunderbar versöhnende Kraft aus. Trotz aller Opfer an Blut draußen im Feld und schwerer Entbehrungen daheim ist der Wille unerschütterlich geblieben, für den siegreichen Endkampf das Letzte einzusetzen. Nationaler und sozialer Geist verstanden und vereinigten sich und verließen uns andauernde Stärke. Jeder empfand, was in langen Jahren des Friedens unter manchen inneren Kämpfen aufgebaut worden war, das war doch der Verteidigung wert.

Beachtend stehen die Leistungen der gesamten Nation im Kampf und Not vor meiner Seele. Die Ergebnisse dieses Ringens um den Bestand des Reiches leiten mit erhabenem Ernste eine neue Zeit ein.

Als dem verantwortlichen Kanzler des Deutschen Reiches und Ersten Minister meiner Regierung in Preußen liegt es Ihnen ob, den Erfordernissen dieser Zeit mit den rechten Mitteln und zur rechten Stunde zur Erfüllung zu verhelfen. Bei verschiedenen Anlässen haben Sie dargelegt, in welchem Geiste die Formen unseres staatlichen Lebens auszubauen sind, um für die freie freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes Raum zu schaffen.

Die Grundsätze, die Sie dabei entwickelten, haben, wie Sie wissen, meine Billigung. Ich bin mir bewußt, dabei in den Bahnen meines Großvaters, des Begründers des Reiches, zu bleiben, der als König von Preußen mit der Militär-Organisation und als Deutscher Kaiser mit der Sozialreform monarchische Pflichten vorbildlich erfüllte und die Voraussetzung dafür schuf, daß das deutsche Volk in einmütigem ingrimmigen Ausharren diese blutige Zeit übersehen wird.

Die Wehrmacht als wahres Volksherr zu erhalten, den sozialen Aufstieg des Volkes in allen seinen Schichten zu fördern, ist von Beginn meiner Regierung an mein Ziel gewesen, Bestrebt, in fest gewahrter Einheit zwischen Volk und Monarchie dem Wohle der Gesamtheit zu dienen, bin ich entschlossen, den Ausbau unseres innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, so, wie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen. Noch stehen Millionen Volksgenossen im Felde. Noch muß der Austrag des Meinungsstreites hinter der Front, der bei einer eingreifenden Verfassungsänderung unabweislich, im höchsten vaterländischen Interesse verschoben werden, bis die Zeit der Heimkehr unserer Krieger gekommen ist und sie selbst am Fortschritt der neuen Zeit mitraten und mitarbeiten können.

Damit aber sofort beim glücklichen Ende des Krieges, das, wie ich zuversichtlich hoffe, nicht mehr fern ist, das nötige und zweckmäßige auch in dieser Beziehung geschehen kann, wünsche ich, daß die Vorbereitungen unabweislich abgeschlossen werden.

Mir liegt die Ausbildung des preussischen Landtages und die Befreiung unseres gesamten innerpolitischen Lebens von dieser Frage am Herzen. Für die Aenderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus sind auf meine Weisung schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden.

Ich beauftrage Sie nunmehr, mir bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums vorzulegen, damit bei der Heimkehr unserer Krieger diese für die engeren Befähigung Preußens grundlegenden Arbeiten können

im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werden. Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Ueberzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben.

Die Verdienste des Herrenhauses und seine bleibende Bedeutung für den Staat wird kein König von Preußen verkennen. Das Herrenhaus wird aber den gewaltigen Anforderungen der kommenden Zeit besser gerecht werden können, wenn es in weiterem und gleichmäßigem Umlange als bisher aus den verschiedensten Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereinigt.

Ich handle nach den Ueberlieferungen größerer Vorfahren, wenn ich bei Erneuerung wichtiger Teile unseres festgefügteten und sturmproben Staatswesens einem treuen, tapfern, tüchtigen und hochentwickelten Volke das Vertrauen entgegenbringe, das es verdient.

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß alsbald bekanntzugeben.

Großes Hauptquartier, 7. April 1917.

Wilhelm II.

Diese Osterbotschaft unseres Monarchen wird in den Herzen unserer Mitglieder freudigen Wiederhall finden. Zur Reform des preussischen Wahlrechts, mit ein Angelpunkt für den Ausbau des neuen Deutschlands spricht der kaiserliche Erlaß ein kluges, unabweisendes Wort. „Für das Klassenwahlrecht ist in Preußen kein Raum mehr.“ So sagt Klipp und Klar das Kaiserwort. Die Verwirklichung dieses Programms ist gegeben, wenn unsere Forderung: Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhaus erfüllt wird.

Wir vertrauen unserm Landesvater ohne Rückhalt und wünschen, daß der Zeitpunkt zur praktischen Durchführung dieser Osterbotschaft in allen Teilen bald kommen möge.

## Unsere Abrechnung vom Kriegsjahr 1916.

Die bei Veröffentlichung der Abrechnung für das Jahr 1915 gehegte Hoffnung, daß wir die Abrechnung für 1916 wieder im Friedenszustande veröffentlichen könnten, hat sich nicht erfüllt. Noch immer tobt der Weltkrieg mit gesteigerter Heftigkeit auf allen Fronten. Die Friedenshand, die unser Kaiser zu Weihnachten den Feinden anbot, um der Welt und den Völkern, den Frieden zu bringen, wurde von den feindlichen Nachhabern mit Hohn und Spott zurückgewiesen. Ein Echo der Maseret schallte uns aus dem feindlichen Auslande entgegen, die einem Karrenhaus würdig gewesen wäre. Deutschland sollte vernichtet werden. Nicht mehr und nicht weniger ist das Ziel unserer Feinde. Seit der Veröffentlichung des letzten Klassenberichts hat sich die Zahl unserer Feinde noch um zwei weitere vermehrt. Zunächst Rumänien, dem aber sein schamloser Verrat schon recht gründlich heimgezahlt worden ist, und neuerdings Amerika, dessen Präsident endlich die heuchlerische Friedensmaske fallen gelassen hat. Alle Anstrengungen der vereinigten Feinde sind erfreulicher Weise bisher vergeblich geblieben. Unsere Fronten stehen fester wie je mehrs zuvor. Während der Eintritt Rumaniens in den Weltkrieg an der Seite unserer Feinde uns tatsächlich vorübergehend in eine schwierige Situation brachte, ist wohl kaum eine Kriegserklärung so ohne Aufregung vom gesamten deutschen Volke aufgenommen worden, wie diejenige Amerikas. Unsere Feinde haben sich im vergangenen Jahr zu den ungeheuerlichsten Kraftleistungen aufgerafft, ohne indes ihr Ziel, die Niederwerfung und Vernichtung der Mittelmächte und vor allem Deutschlands, erreichen zu können. Es sei nur erinnert an das übermenschliche Ringen an der Somme, wo es aber trotz den auch bis dahin in diesem Kriege unerschönten Anstrengungen der Gegner nicht gelang, unsere mit unerreichtem Heldennute verteidigten Fronten zu durchbrechen. Nach eingehender und sorgfältiger Vorbereitung, die manchem unter uns etwas zu lang scheinen wollte, wurde nunmehr dazu übergegangen, unseren erbittertesten Gegner England, mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg energetisch zu Leibe zu rücken. Die

gewaltigen Erfolge, die hierbei bisher erzielt wurden, lassen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß das englische Volk bald mit der Hungerrute gezüchtigt wird, die es für das deutsche Volk gebunden hatte. Die neuerdings in Rußland ausgebrochene Revolution, die dem russischen Volke hoffentlich die endliche Befreiung vom Despotismus gebracht hat, darf wohl noch nicht als abgeschlossen gelten. Es dürfte vielleicht heute mehr als je die Annahme berechtigt sein, daß die Entwicklung dort einen ganz anderen Weg geht, wie die eigentlichen Drahtzieher es sich gedacht haben. Ein endgültiges Urteil läßt sich darüber noch nicht fällen.

Die Bedrängnis, in die unser deutsches Vaterland durch den Ansturm der Feinde von allen Seiten geraten war, machte es notwendig, alle Kräfte des deutschen Volkes, soweit sie nicht bereits zum Waffendienst benützt waren, zur Tätigkeit im Dienste des Vaterlandes heranzuziehen. Diese Notwendigkeit führte gegen Ende des Berichtsjahres zur Schaffung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst. Dabei ließ es sich nicht vermeiden, daß alte Rechte der Arbeiterschaft eingeengt oder fast verdrängt wurden. Dagegen mußte ein Ausgleich geschaffen werden. Es ist nun den energischen Bemühungen der bei dieser Gelegenheit mit vereinten Kräften wirkenden Gewerkschaften aller Richtungen gelungen, die ursprünglich ganze 4 Paragraphen enthaltende Fassung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst so zu gestalten, daß wenigstens die schlimmsten Schädigungen von der Arbeiterschaft ferngehalten wurden. Wenn auch die Wirksamkeit des Gesetzes noch nicht abschließend beurteilt werden kann, so läßt sich doch feststellen, daß die auf Betreiben der Gewerkschaften durch das Gesetz geschaffenen Einrichtungen im Großen und Ganzen segensreich wirken. Es wird von der Arbeiterschaft abhängen, ob sie durch entsprechende Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation den Willen kundgibt, daß auch in Zukunft auf dem betretenen Wege weitergearbeitet werden kann.

Die Lage in der Metallindustrie war im Berichtsjahre entsprechend den Kriegserfordernissen eine gute. Insbesondere männliche Arbeitskräfte waren entsprechend der guten Beschäftigung der Metallindustrie stark gesucht. Der Mangel an Arbeitskräften hat ja die Lohnverhältnisse einiger Spezialberufe in der Metallindustrie günstig beeinflusst. Es mußte aber andererseits festgestellt werden, daß die Entwicklung der Lohnverhältnisse für einen großen Teil der Arbeiter mit der ganz außerordentlichen Teuerung aller Bedarfsgegenstände nicht gleichen Schritt hielt. Es bedurfte vielmehr der nachhaltigsten Einwirkung der gewerkschaftlichen Organisation, um die Lohnverhältnisse der großen Masse der Metallarbeiter auch nur einigermaßen mit der zunehmenden Teuerung in Einklang zu bringen. Auf diesem Gebiete hat nun auch im Berichtsjahre unser Verband eine außerordentlich rege Tätigkeit entfaltet. Unablässig ist er bemüht gewesen, die Interessen seiner Mitglieder auf allen Gebieten wahrzunehmen und schöne Erfolge sind dieser Tätigkeit auch im abgelaufenen Jahre beschieden gewesen. Vielfach würde für die Arbeiter noch mehr erreicht worden sein, wenn sie sich der Organisation in größerem Maße angeschlossen hätten. Die Verarbeitung war durch weitere Einziehung von Verbandsbeamten und Funktionären zum Heeresdienste sehr stark behindert. Summehin konnten im Jahre 1916 an Neuaufnahmen und Uebertritten über 12 000 verzeichnet werden gegen nur 4 000 im Jahre 1915. Während die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1915 auf 18 000 zurückgegangen war, stieg sie trotz erheblicher weiterer Einziehungen zum Heeresdienste wieder auf über 20 000 am Jahreschlusse 1916. Insgesamt sind von unserem Verbände über 23 000 Mitglieder zum Heeresdienste eingezogen, von denen auch im Berichtsjahre wieder eine größere Anzahl ihre Liebe zum Vaterlande mit ihrem Verbleibe bestreitet haben. Ihr Andenken wird im Christlichen Metallarbeiterverbande dauernd in Ehren gehalten werden. Die Aufwärts-Entwicklung im Verbands hat auch im laufenden Jahre noch eine weitere Steigerung erfahren und wird hoffentlich noch weiter anhalten. Es muß Aufgabe unserer Kollegen an allen Orten sein, seine Mühe und Arbeit zu scheuen, um auch in der Folge diese günstige Weiterentwicklung im Verbands zu erzielen.

Die Klassenverhältnisse im Verbands sind durch die Kriegseinwirkungen weiter ungünstig beeinflusst worden. Doch steht zu hoffen, daß im kommenden Jahre sich auch hier die günstige Entwicklung



bemerkbar macht. Ein Vergleich der Einnahmen mit denen des Jahres 1915 ergibt folgende Gegenüberstellung:

	1916	1915
Eintrittsgeld	1568 M.	1373 M.
Beiträge	405156 M.	429131 M.
Delegiertensteuer	3616 M.	3825 M.
Solafbeiträge	84370 M.	82461 M.
Sonstige Einnahmen	72625 M.	77893 M.

Die Einnahmen des Verbandes haben sich also gegenüber dem Jahre 1915 weiter etwas verringert. Unterstützungen wurden bezahlt:

Kriegsunterstützung, Sterbegehalt etc. 132575 M. An sonstigen größeren Ausgaben waren zu verbuchen: Abführung an die Solakassen 149995 Mark, Bezirksleitungen 82396 M., Verbandsorgan 54825 M., Verwaltungsausgaben 32403 M. Die übrigen Ausgaben entfallen auf kleinere Positionen.

Die gesamten Jahreseinnahmen und Ausgaben balanzieren mit 651372,62 Mark gegen 639132,76 Mark im Jahre 1915. Der Vermögensbestand beträgt am Jahreschluss 1858061,66 Mark, wobei wohl noch eine kleine Steigerung gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen ist, die aber im Hinblick auf die gewaltigen Aufgaben, die dem Verband unabweisbar in der Zukunft noch bevorstehen, durchaus nicht befriedigen kann.

Wichtig ist vor allen Dingen eine Besserung der Solakassen-Einnahmen. Auch im abgelaufenen Jahre haben sich die Bestände in den Solakassen weiter verringert. Auch sind die Zuschüsse, welche die Hauptkasse für die Bezirksleitungen auswerfen muß, im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen, viel zu hoch. Es bleibt daher nur der eine Ausweg, die Solakasseneinbeiträge um etwa 10 Pfg. pro Woche zu erhöhen. Die Möglichkeit liegt auch vor. Die Lohnverhältnisse sind für einen großen Teil der Arbeiter erheblich gestiegen, so daß eine Mehrleistung von 10 Pfg. ertragen werden kann. Wo dagegen die Lohnverhältnisse noch schlecht sind, mögen sich die Arbeiter aufraffen und bessere Löhne verlangen. Die Industrie ist in der Lage, entsprechend höhere Löhne zahlen zu können. Auch für den Verband ist die Kaufkraft des Geldes gefallen und er bedarf höherer Einnahmen, wenn das Gleichgewicht erkant werden soll. Es kann auch nicht alles bis nach dem Kriege verschoben werden, weil niemand weiß, ob dann die Verhältnisse günstiger liegen als jetzt.

Wenn somit der Jahresabschluss unseres Verbandes für das zweite volle Kriegsjahr gerade nicht erfreulich genannt werden kann, so müssen es sich im laufenden Jahre alle Verbandsmitglieder erst recht angelegen sein lassen, nun mit allen Kräften an der Stärkung des Verbandes nach innen und nach außen zu arbeiten. Dann werden wir auch in Zukunft mehr denn je sein: eine sichere und erfolgreiche Stütze und Zuflucht für jeden christlich-nationalen Metallarbeiter in allen Stürmen, die uns noch bevorstehen.

### Arbeiterfragen im Herrenhaus.

In der Sitzung des preussischen Herrenhauses am 30. März 1917 hat sich der Vorsitzende der sogenannten „Deutschen Vereinigung“, Herr Graf von Marquis von und zu Hoensbroech eine lange Rede gehalten. In dieser Rede, die auch mit keinem Gedanken Blaise von Sozialismus getrübt war, hat der hochgeborene Herr Graf sich bemüht gesehen, das sinkende Schiffslein der wirtschaftsfriedlichen Verbände vor drohendem Untergange zu retten und gleichzeitig gegen die feindseligen Gewerkschaften gewaltig vom Leder zu ziehen. Insbesondere haben es die bösen christlichen Gewerkschaften dem hochgeborenen Herrn Grafen angetan. Soweit die Person des Redners und sein kleiner Anhang in Frage kommt, würden diese Angriffe die christlich-organisierten Arbeiter vollständig kalt lassen. Um aber einer Regendenbildung in der Deutschnation vorzubeugen, müssen einige Behauptungen des Herrn Grafen zurückgewiesen werden. Nach einem Bericht der Kölnischen Zeitung Nr. 316, 1917, hat er gesagt, es könne nicht oft genug betont werden, daß die christlichen Gewerkschaften im Gegensatz stehen zu der Lehre des Stellvertreter Christi auf Erden. Damit hat sich Herr Graf von und zu Hoensbroech über den Papp und über das kirchliche Bekenntnis der katholischen Kirche gestellt, denn von dieser Seite liegt keinerlei Entscheidung vor, die die Behauptung des Herrn Grafen stützen könnte. Herr Graf hat Hoensbroech als Gegenstand zu der von ihm zugehörigen Tatsache, daß die Wirtschaftsfriedlichen von den Unternehmern unterstützt wurden, behauptet, auch die christlichen Gewerkschaften hätten wiederholt Unterstützungen von Unternehmern angenommen. Diese Behauptung widerspricht den Tatsachen. Im Interesse von Wahrheit und Klarheit fordern wir den Herrn Grafen von und zu Hoensbroech auf, den Beweis dafür zu erbringen. In andern Fällen muß er sich den öffentlichen Vorwurf gefallen lassen, daß er entweder leichtfertig oder bewußt eine unwahre Behauptung aufgestellt hat.

In der freien Debatte wird es an der Zeit sein, welche Beweggründe den Herrn Grafen Hoensbroech dazu trieben, die Wirtschaftsfriedlichen in dieser Weise zu beschuldigen und die christlichen Gewerkschaften zu belächeln. Herr Hoensbroech ist Vorsitzender der

Deutschen Vereinigung, einer überlebten Organisation, von deren einst hochgesteckten Zielen nur noch die enge Verquickung mit den wirtschaftsfriedlichen Verbänden übrig geblieben ist. In näher eingeweihten Kreisen ist es nicht unbekannt, daß die finanziellen Mittel zur Aufrechterhaltung der Deutschen Vereinigung zum Teil aus großindustriellen Quellen herrühren. Damit sind die Verbindungsäden zwischen der Deutschen Vereinigung und den wirtschaftsfriedlichen Vereinen zur Genüge aufgedeckt. Im übrigen mag sich Herr Graf von und zu Hoensbroech gesagt sein lassen, daß er für eine sehr schlechte und verlorene Sache kämpft. Die Gewerkschaften werden ihren Weg machen, trotz Großindustrie, Deutscher Vereinigung und wie die Kreise helfen mögen, die sich dazu vereinigt haben, den Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse zu unterbinden.

Der Herr Graf von und zu Hoensbroech griff in seiner Herrenhausrede auch die Regierung recht unflank an und machte ihr unter anderem den Vorwurf, daß sie die „Kampfgewerkschaften“ bevorzuge und die „Wirtschaftsfriedlichen“ an die Wand gedrängt habe. Insbesondere sollte auch der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Herr von Satocki, sich vor der Macht der „Kampfgewerkschaften“ verbeugen und die armen „Wirtschaftsfriedlichen“ zurücksetzen haben. Darauf hat nun Herr von Satocki dem Herrn Grafen von und zu Hoensbroech nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ folgendes geantwortet:

„Eure Erzählung haben sich nach Berichtsberichten im Herrenhaus u. a. in folgendem Sinne geäußert, die Streikvereine hätten erklärt, ihre Mitwirkung im Kriegsernährungsamt zu verweigern, wenn auch nur ein Vertreter der Wirtschaftsfriedlichen zugegen werden sollte. Satocki habe sich vor diesem Argument verbeugt. Die Wirtschaftsfriedlichen blieben draußen. Diese Angaben beruhen, wenn sie zureichend wiedergegeben worden sind, auf einem Irrtum. Ich habe wiederholt, noch in den letzten Tagen, mit Vertretern der Wirtschaftsfriedlichen Verbände, ebenso wie mit denen der anderen Arbeiterorganisationen, persönlich eingehend über die Ernährungsfragen verhandelt. Ich habe allerdings in der Regel davon abgesehen, die Vertreter beider Gruppen gemeinsam zu empfangen, weil ich mir bei deren Beziehungen untereinander von derartigen gemeinsamen Verhandlungen einen praktischen Erfolg nicht versprechen kann. Eine Zurücksetzung einer der beiden Gruppen kann in diesem Verfahren nicht erblickt werden.“

Wie wir aber auch noch in der letzten Nr. (15) unseres Verbandsorgans an dem Ausfall einer ganzen Reihe von Arbeiterausschüssen eingehend nachgewiesen haben, kann von einer Zurücksetzung der „Wirtschaftsfriedlichen“ überhaupt nicht die Rede sein. Wer nichts hinter sich hat, kann doch nichts vertreten. Wenn im Zusammenhang mit den „Wirtschaftsfriedlichen“ häufig von der Vertretung der unorganisierten Arbeiter geredet wird, natürlich von Leuten, die den wirklichen Arbeiter-Verhältnissen so fernstehen wie z. B. der Herr Graf Hoensbroech, so haben gerade die Wahlen zu den Arbeiterausschüssen klipp und klar den Beweis dafür erbracht, daß auch die Unorganisierten nur die Gewerkschaften als ihre Vertretung anerkennen. Jedenfalls wollen aber die Unorganisierten von den „Wirtschaftsfriedlichen“ absolut nichts wissen. Jüngstmal ja die eigenen Mitglieder der „Wirtschaftsfriedlichen“ diese zum Teil nicht einmal als ihre Vertretung anerkennen, wie dies ja durch den Ausfall der Arbeiterausschüsse z. B. bei Krupp in Essen und Rheinfelden und besonders auf den Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerken ganz unzweifelhaft festgestellt wurde. Das Stadium der Ergebnisse der Arbeiterausschüsse wählen kann dem Herrn Grafen Hoensbroech nur angelegentlich empfohlen werden. Es geht daraus mit aller nur möglichen Klarheit hervor, daß einem kleinen Teile der Arbeiterklasse wohl einmal vorübergehend mit „Wirtschaftsfriedlichem“ Gehör der Kopf verleiht werden konnte. Nunmehr hat aber die Arbeiterklasse, vielleicht mit Ausnahme eines verschwindend kleinen Häufchens, Angst eingesehen, daß ihr Heil und ihre Zukunft nur bei den unabhängigen Gewerkschaften liegt und deshalb schließen sich insbesondere die christlich-national gestimmten Arbeiter nur den für sie in Frage kommenden christlichen Berufsverbänden an. An dieser Tatsache werden auch die Herrenhausreden des Grafen Hoensbroech nichts ändern.

### Kriegsbeschädigte.

In einigen Orten sind Vereinigungen von Kriegsbeschädigten gegründet worden. Diese sollten in den Örtungen auf einem nach Essen berufenen Kongresse zu einem Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich geschlossen werden. Zweck des Verbandes soll sein:

- Unter Ausschluß aller politischen und konfessionellen Fragen wirtschaftliche Sicherstellung aller Kriegsbeschädigten;
- Wichtige Mittel des Kriegsbeschädigtenverbandes an der bestmöglichen amtlichen Fürsorge durch die Vertrauensleute der Kriegsbeschädigten und unter besonderer Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Kriegsbeschädigten namentlich in der Berufsberatung;

in Verbindung mit allen maßgebenden Stellen und Faktoren Ausbau der gesamten Fürsorge zu einer durchaus praktisch arbeitenden.“

Ob eine solche Organisation der Kriegsbeschädigten zweckmäßig und notwendig?

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist einheitlich im Reich organisiert, wenn auch die reichsgeschichtliche Regelung noch nicht erfolgt ist, die von der Konferenz der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 23. August 1916 in Köln a. Rh. gefordert wurde. In der Kriegsbeschädigtenfürsorge sind alle wirtschaftlichen, Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen, somit auch die Gewerkschaften und Angestelltenverbände vertreten und tätig. Es ist richtig, daß diese Fürsorgeorganisation nicht in allen ihren Zellen sich als so wirksam erweist, wie es sein könnte und sein mußte. Das liegt jedoch weniger an der Organisation der Fürsorge, als daran, daß an manchen oft recht einflussreichen Stellen sich ein Bürokratismus geltend macht, der weder der großen gemeinsamen Sache noch der gegenwärtigen Zeit entspricht. Hier muß Wandel geschaffen werden. Erst dann, wenn die darauf gerichteten Bemühungen vergeblich bleiben sollten, wäre eine andere der Sache selbst und den Interessen der Kriegsbeschädigten besser dienende Organisation zu schaffen, jedoch nicht von den Kriegsbeschädigten selbst. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge muß Sache des gesamten Volkes und insbesondere der Organisationen sein, die bisher die wirtschaftlichen Interessen derjenigen vertreten haben, die als Kriegsbeschädigte vom Kampfplatz abgetreten sind und ihren Kampf ums Dasein, um die Sicherung ihrer Lebenshaltung unter für sie erschwerenden Bedingungen in Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft wieder aufnehmen müssen. Nur in den Organisationen, in denen er die Hilfe seiner vollleistungsfähigen Kollegen und Arbeitsgenossen findet, wird der Kriegsbeschädigte Kraft für den Kampf ums Brot und Daseinsfreude wieder gewinnen. In der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer wurde bisher schon der Weg zu praktischer Fürsorge für die im Arbeitsverhältnis zurückkehrenden Kriegsbeschädigten beschritten.

Zwar dürfen die Kriegsbeschädigten nicht nur Objekt der Fürsorge sein, sie müssen selbsttätigen Anteil an ihr haben. Dazu bedarf es keiner besonderen Organisation der Kriegsbeschädigten. Eine solche Vereinigung der dauernd Verdenden würde nur niederknirschend auf diejenigen wirken, die gehoben werden müssen, um sich als vollwertige Kräfte im Wirtschaftsleben zu fühlen. Sie ist weder zweckmäßig noch notwendig, besonders nicht für die Arbeiter und Angestellten. Diese finden ihre Interessenvertretung unter eigenem Mitwirken in den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden, die neben ihrer Mitarbeit in der allgemeinen Kriegsbeschädigtenfürsorge besondere Einrichtungen haben, den Kriegsbeschädigten zu dienen. Es sind dies unter anderem deren Arbeitersekretariate und sonstigen Rechtshilfsstellen. Hier findet der Kriegsbeschädigte nicht nur Rat, sondern auch die Rechtshilfe, deren er bedarf.

Mit dieser Hilfe, die dem einzelnen Kriegsbeschädigten in seinem Rechtsstreit kostenlos gewährt wird, hat es nicht sein Bewenden. Vielmehr haben die unterzeichneten Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände mit der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge gemeinsam Einrichtungen getroffen, die auf den Gebieten der Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Ausgestaltung der Renten, Abwehr der Anrechnung der Renten auf das Arbeitsentkommen usw. den besonderen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge gewidmet sind. Damit dürfte alles das erreicht werden, was eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten erreichen könnte.

Bei der Propaganda für die Gründung einer solchen Organisation wird auch darauf hingewiesen, daß der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge dafür Sympathie zeige. Das ist durchaus unzutreffend. Weder der Reichsausschuß noch eine andere in Betracht kommende amtliche Stelle, steht in dieser Gründung eine Förderung der Interessen der Kriegsbeschädigten. Gerade uns, die wir diesen nach allen Richtungen hin dienen wollen und durch unsere Organisationseinrichtungen auch dienen können, erscheint aus den oben dargelegten Gründen eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten nicht nur überflüssig, vielmehr für diese selbst nachteilig. Die Kriegsbeschädigten dienen ihrer Sache am besten, wenn sie die von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden geschaffenen Einrichtungen in Anspruch nehmen und dadurch im Kreise ihrer Kollegen und Arbeitsgenossen die dauernde Vertretung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen finden.

- Berlin, den 3. April 1917.
- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
- G. Regien.
- Gesamverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
- A. Siegerwald.
- Verband der Deutschen Gewerbetriebe (H.-D.).
- Gust. Hartmann.
- Polnische Berufsvereinigung.
- J. Prymer.
- Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht.
- S. Aufhäuser.
- Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände.
- Dr. Hoffe.







Abrechnung der Hauptkasse für das Jahr 1916.

Table with columns for 'Einnahmen' and 'Ausgaben'. Includes sub-sections like 'Kassenbestand einschl. Postcheckkonto' and 'Für Beitragsleitung'. Total balance: 450 619,43.

Verwaltungskosten:

Table listing administrative expenses such as 'Für Gehälter und Löhne an der Hauptgeschäftsstelle', 'Vorstandsgehälter und Revisionen', etc. Total: 450 619,43.

Uebertrag 415 797,75

Ausgaben.

Table listing various expenses including 'Für Bezirksleitung und Agitation', 'Beamtenskonferenzen und Ausschüsse', etc. Total: 651 372,62.

Rechnungs-Abschluss für das Jahr 1916.

Summary table for 'Einnahmen' and 'Ausgaben' for the year 1916, showing a final balance of 651 372,62.

Table for 'Vermögensnachweis' (Asset Statement) showing 'Kassenbestand einschl. Postcheck-Konto' and other assets totaling 1 858 061,66.

Duisburg, den 30. März 1917.

Fr. Wieber, Verbandsvorsitzender. E. Geisler, Hauptkassierer.

Revidiert und richtig befunden: Chr. Bloß, A. Patrich.

S. Hirslefer.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 22. April vorab 17. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22.-28. April fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Belegarten. Der Arbeiterausschuss der Firma Maschinensabrik Belegarten hatte auf Samstag nach Arbeitschluss die Arbeiter zu einer Betriebsversammlung eingeladen. Beide Säle im Gasthof zum 'Kreuz' waren dicht gefüllt...

mehr stattfinden. Dadurch haben die Arbeiter in den gemischten Betrieben des unteren Kreises Solingen größere Bewegungsfreiheit bekommen. Der Weg zur Organisation steht offen. In den Arbeiterkreisen liegt es, den richtigen Gebrauch davon zu machen.

Schon Ende vorigen Jahres haben sich die Arbeiter der mechanischen Abteilung auf der Carbonit u. S. organisiert. Die Löhne standen dort miserabel. Daher reichten die Verbände gemeinsame Forderungen der Arbeiter ein. Als die Direktion sah, dass die Arbeiter zum großen Teil organisiert waren, konnten Verhandlungen stattfinden. Die Firma bewilligte eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung...

Die Arbeiter auf der Dynamitfabrik sowohl wie bei der Firma Beyer u. Co. regen sich ebenfalls. Die Furcht vor Wahrgelungen ist dabei immer mehr. Sie ist auch durchaus unbegründet. Geht es doch im Paragraph 14 des württembergischen Hilfsdienstgesetzes...

Die Arbeiter auf der Dynamitfabrik sowohl wie bei der Firma Beyer u. Co. regen sich ebenfalls. Die Furcht vor Wahrgelungen ist dabei immer mehr. Sie ist auch durchaus unbegründet. Geht es doch im Paragraph 14 des württembergischen Hilfsdienstgesetzes...

Die Carbonit u. S. weigert sich, die Ansichtswähler anzunehmen. Die Betriebsleitung will den Arbeiterausschuss als Arbeiterausschuss haben. Die organisierten Arbeiter haben bereits Beschwerde beim Schlichtungsausschuss in Solingen eingereicht. Hoffentlich wird die Firma veranlasst, die Wahlen baldigst anzunehmen...

Die Carbonit u. S. weigert sich, die Ansichtswähler anzunehmen. Die Betriebsleitung will den Arbeiterausschuss als Arbeiterausschuss haben. Die organisierten Arbeiter haben bereits Beschwerde beim Schlichtungsausschuss in Solingen eingereicht. Hoffentlich wird die Firma veranlasst, die Wahlen baldigst anzunehmen...

Metall- und Gemischten Arbeiter mit Nachdruck. Zudem haben unsere Verbandskollegen einen Vertreter im Schlichtungsausschuss in Solingen, der bei vorkommenden Differenzen ihre Sache nach jeder Richtung hin vertritt. Besonders haben die reklamierten Arbeiter alle Veranlassung, dem Verband beizutreten, damit die reklamierten Arbeiter nicht zu schlechteren Arbeitsbedingungen zu arbeiten brauchen...

Versammlungs-Kalender

- Sonntag, den 22. April 1917: Duisburg-Hochfeld. Vorm. 11 Uhr bei Dulmann erweiterte Vertrauensmännerversammlung... Bruchhausen. Nachm. 3 Uhr bei Haffmann, Schulstr. Dinslaken. Nachm. 8,30 Uhr bei Hasfeld. Gelsenkirchen. Die Generalversammlung muß um einen Sonntag verschoben werden und findet am 29. April, vorm. 11 Uhr bei Dirkes statt.

Sterbetafel

- Gertraud Seidel, Schmiedin August Heiber, Duisburg Eberh. Knusgen, Stolberg Andr. Preißel, Solzbach Peter Graf, Aachen Aug. Seebauer, Billingen Heinz Weber, Hamm Wilh. Müller, Gelsenkirchen Anton Behrendt, Hamburg Conrad Vahder, Hörde Heinz Bohn, Aachen Anton Henke, Menden Hub. Müllers, M. Glabbach Jak. van Groel, Hlensburg Hub. Cohnen, Wärselen Max Bornschlegel, München Joh. Wallinger, Ehltingen Franz Knapp, Offendach Philipp Münch, Duisburg Hub. Sölle, Essen Theob. Zwickler, Duisburg Wolfgang Bierack, Amberg Alk. Herms, Laar Adolf Wilmes, Hamm

Ehre ihrem Andenken!

Reifschmiede und Stemmer

für Reparaturen gelad. Alfons-Schweißwerk Luden, D. Auhorst, Essen-Bochum.